

PROTOKOLL

über die 12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 26.04.2012 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:20 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(27 Mitglieder)

Ursula Einhoff
Gerhard Einhoff
Michael Hahn - bis TOP 5
Torsten Hahn
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen
Dr. Dirk Schneider
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Petra Kremer - entschuldigt
Oliver Herbert - entschuldigt
Erland Kalbhenn - entschuldigt
Lutz Sierach

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Herbert Porth
Erhard Reiter

es fehlte: Kai Rauscher - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen des Magistrates
- (2) Bebauungsplan Windpark 2 und Windpark 3, Niddatal
a) Aufstellung von Bebauungsplänen gem. § 2 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 34/2012)
- (3) Stationäre und mobile Geschwindigkeitsüberwachung
Beschluss zur Zusammenarbeit mit der „german radar gmbh“ (Vorlage-Nr. 36/2012)
- (4) Erweiterung KITA Assenheim
Beschluss über die weitere Vorgehensweise (Vorlage-Nr. 37/2012)
- (5) Ersatzbeschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges
für die freiwillige Feuerwehr in Ilbenstadt
Beschluss über den Ankauf (Vorlage-Nr. 38/2012)
- (6) Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes in Assenheim
Beschluss über die Umsetzung (Vorlage-Nr. 39/2012)
- (7) Beschluss über den Ankauf von Software
zur Optimierung der Verwaltungstätigkeiten (Vorlage-Nr. 35/2012)
- (8) Antrag der CDU-Fraktion:
Eigentumswald der Stadt Niddatal (Vorlage-Nr. 32/2012)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten zugegangen sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 11. Sitzung am 28.03.2012 werden keine Einwände erhoben und somit gilt es als beschlossen.

Nach erfolgtem Einspruch **korrigiert** der Stadtverordnetenvorsteher **das Abstimmungsergebnis in dem Protokoll über die 10. Sitzung am 13.03.2012 Seite 12 wie folgt:**

- a) Für die Einstellung eines Investitionskostenzuschuss in Höhe von 15.000 Euro für die Nachrüstung der Außenanlage evangel. Kindertagesstätte Assenheim.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = somit beschlossen

Nicht beschlossen wurden:

- b) Für einen Zuschuss für die Innenrenovierung der Evangelischen Kirche Assenheim in Höhe von 5.000 Euro und
- c) Für die Sanierung von zwei Tennisplätzen in Höhe von ebenfalls 5.000 Euro.

Auf Anfrage des Stadtverordneten Dieter Eisenberg weist der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann darauf hin, dass sich die Stadtverordnetenversammlung durch diesen Beschluss verpflichtet hat, im Rahmen der Selbstbindung die entsprechenden Haushaltsmittel im Nachtrag einzustellen.

Zu den Punkten b) und c) beantragt der Stadtverordnete Florian Porth die Überweisung in den HuF Ausschuss.

Nach einer teilweise kontrovers geführten Diskussion lässt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann über den Überweisungsantrag abstimmen:

Für den Antrag: 27 Ja-Stimmen = einstimmig

Diese geänderte Fassung wird Ihnen zugestellt und der Stadtverordnetenvorsteher bittet Sie, dieses Blatt auszutauschen.

Dieter Eisenberg beanstandet die recht kurzfristig zugegangenen Unterlagen für die heutige Sitzung. Dabei bezieht er sich auf die Geschäftsordnung und stellt die Frage in den Raum, ob die anwesenden Mitglieder unter diesen Voraussetzungen auf eine Fortführung der heutigen Sitzung bestehen möchten.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt der Form halber daraufhin abstimmen, wer dem Ansinnen auf Abbrechen der heutigen Sitzung Folge leisten möchte, und wer dessen ungeachtet für die Fortsetzung der Sitzung ist, möchte mit Handzeichen dies bekunden.

Ergebnis: 25 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen = somit wird die Sitzung fortgeführt

Achim Saßmannshausen hat mit seinem Einspruch begründet, warum der **TOP 6** „Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes in Assenheim“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen ist und zur weiteren Diskussion im Bauausschuss verbleiben soll.

(1) Mitteilungen des Magistrates

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert seine Mitteilungen zu folgenden Themen:
(Sehen Sie hierzu auch die bereits verteilten schriftlichen Ausführungen, Seite 1 + 2)

Neubau Feuerwehrgerätehaus Kaichen

Die Grundsteinlegung für das Feuerwehrgerätehaus ist für den 11. Mai 2012 - 14:00 Uhr geplant. Die Stadtverordneten erhalten noch eine gesonderte Einladung. Der Personenkreis mit E-Mail-Adresse hat diese Einladung bereits heute erhalten, die restlichen Einladungen werden auf dem Postweg versandt.

Zeitplan Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse

(Text - laut Vorlage des Bürgermeisters) Weiter sagt er hierzu:

Da die noch ausstehenden Arbeiten zur Eröffnungsbilanz auf den Ergebnissen dieser Maßnahmenblöcke zum großen Teil basieren, wird die Projektarbeit „Eröffnungsbilanz“ erst Zug um Zug nach den Sommerferien d.J. beginnen.

Ich gehe allerdings dann davon aus, dass die Vorarbeiten es uns ermöglichen, recht zeitnah zu einer Eröffnungsbilanz zu kommen.

Wir haben auch nochmals Rücksprache mit der Kommunalaufsicht gehalten. Ich denke, wir haben unsere Gründe ausreichend dargelegt, warum wir noch nicht soweit sind, wie wir das eigentlich gerne wären. Von dieser Stelle werden wir wohl ein entsprechendes Schreiben bekommen. - Wir haben auch unsere Personalsituation geschildert und dass es dringend notwendig sei, in diesem Bereich entweder Ressourcen bereitzustellen oder ein bis zwei Mitarbeiter einzustellen.

Neues Eingangstor zum Friedhof Assenheim

(Text - laut Vorlage des Bürgermeisters) Weiter sagt er hierzu:

An dieser Stelle möchte ich mich, auch im Namen des Magistrates, aber ich denke auch in Ihrem Namen, recht herzlich für diese Sachspende bei der Schlosserei Meisinger nochmals bedanken.

(2) Bebauungsplan Windpark 2 und Windpark 3, Niddatal
a) Aufstellung von Bebauungsplänen gem. § 2 (1) BauGB

Florian Porth berichtet, dass in der Sitzung des Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen am 23.4.2012 hierüber beraten und anschließend der Empfehlung zugestimmt wurde (einstimmig), einen Bebauungsplan aufzustellen.

Bürgermeister Dr. Hertel hat zu Beginn seiner Ausführungen noch einmal den Werdegang dieses Gesamtprojektes geschildert. Ihm sei aus der Bevölkerung wiederholt die Frage gestellt worden, warum Niddatal hier so „vorprescht“? Da es sich hier um privilegierte Vorhaben handelt, die auch ohne Zustimmung der Stadt ausgeführt werden können, möchten wir als Kommune im Vorfeld bei den Festlegungen und Entscheidungen steuernd mitwirken können. Wie bekannt, gibt es eine Windressourcenkarte des Landes Hessen, die für unsere Gemarkung drei Flächen ausweist, wo man solche Anlagen errichten kann. Außerdem gibt es noch eine vierte Fläche, die aber nicht mehr in Frage kommt, weil die geforderten Abstandsmaße nicht eingehalten werden können.

Weiter führt er aus: Für die derzeit zur Diskussion stehenden zwei Flächen, über deren Aufstellungsbeschluss wir heute Abend abstimmen wollen, haben sich bereits Investoren mit zum Teil konkreten Angeboten an uns gewandt. In einem Fall wäre man sogar bereit, die Kosten für den Bebauungsplan einer Fläche zu übernehmen. Wir können hier keinen direkten Einfluss ausüben, dass der eine oder andere Interessent zum Zuge kommt, da es sich bei den fraglichen Flächen zum größten Teil nicht um eigenes Gemeinde-Gelände handelt.

Bei den zukünftigen Pachterlösen können wir daher nur für einen geringen Anteil in Verhandlung treten. Nach einer vorläufigen Schätzung und unter Berücksichtigung der Gegebenheiten dürften wir dafür mit einem Erlös von ca. 25. - 40.000 Euro pro Jahr rechnen (= für eine Anlage).

Mit diesem Konzept einschließlich der Biogasanlagen in Ilbenstadt und Kaichen sieht sich Niddatal auf einem guten Weg, die Zielvorgaben des Landes Hessen zu erfüllen.

Zu weiteren Fragen und Anregungen nimmt der Bürgermeister wie folgt noch Stellung: Um aufschlussreiche Informationen im Zusammenhang mit der Betreibung solcher Anlagen erhalten zu können, würde er vorschlagen, in einem Gespräch mit dem Bauausschuss einen Referenten der Fortbildungsstätte hinzuzuziehen, der dann die gewünschten Erläuterungen zu den anstehenden Fragen geben kann.

Unabhängig davon können wir trotzdem heute den Aufstellungsbeschluss fassen.

Die Zeit drängt - Die Investoren stehen bei den Eigentümern schon vor der Tür.

Inwieweit die Stadt sowie Bürgerinnen und Bürger finanziell an der „Windenergie“ partizipieren können, haben wir schon erste Informationsgespräche mit einem Finanzierungsinstitut geführt. Dabei wurden uns Modelle unterbreitet, wie sich so eine Beteiligung realisieren lässt. Weitere Erläuterungen hierzu sollten in einem Fachausschuss diskutiert werden.

Was die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen angeht, wurde auch dieser Gedanke in verschiedene Richtungen bereits aufgegriffen. Wie schon aus der Presse zu entnehmen war, kommt die Kooperation mit Karben nicht zustande, da Karben inzwischen von der Mainova bessere Konditionen erhalten und sich daher anders entschieden hat.

Wir haben unsere Absichtserklärung abgegeben und sind noch offen, bis zur Umsetzung mit anderen Anbietern in Verhandlung zu treten.

Der Stadt Friedberg haben wir ebenfalls unsere Unterlagen zur Verfügung gestellt; aber die Beschlüsse hierzu stehen noch aus, wie man sich letztendlich festlegen möchte.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt zur Abstimmung, wer dem Beschlussvorschlag: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 22 (1) BauGB die Aufstellung der Bebauungspläne „Windpark 2“ und „Windpark 3“ Niddatal“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 25 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen

(3) Stationäre und mobile Geschwindigkeitsüberwachung Beschluss zur Zusammenarbeit mit der „german radar gmbh“

Gerhard Einhoff erläutert den Beschlussvorschlag, mit der Firma german radar Verträge abzuschließen über

- a) die Lieferung und Errichtung von 3 neuen stationären Verkehrsüberwachungssystemen und
- b) die Lieferung von 1 neuwertigen mobilen Verkehrsüberwachungssystem.

Bürgermeister Dr. Hertel beantragt als Einwand, dass der Punkt b) wie vorgenannt zurückgestellt wird und im Ausschuss noch einmal darüber beraten werden soll, da einige Fragen offen geblieben sind.

Zum einen sei in dem Vertragsentwurf ein Passus enthalten, dass die Stadt zur Absicherung der Anlagen eine Versicherung abzuschließen hätte. - Hier bedarf es der Klärung, was denn so eine Versicherung kostet. Nach Auskunft vergleichbarer Kommunen, die auch mit german radar zusammenarbeiten, werden für solche Anlagen (3 Stück) jährlich 2.000 - 2.500 Euro an Versicherungsprämie gezahlt.

Zum anderen geht es um die Ausfallbürgschaft. Was besagt diese Bürgschaft, die von der Stadt zu übernehmen ist? Im Falle, dass eine Anlage defekt wird und ausfällt, erwartet german radar, dass wir umgehend hierüber informieren (weil dadurch sich die Einnahmen verringern können). - Dann muss auch noch geklärt werden - was für uns wesentlicher ist - wenn z.B. eine Säule mutwillig von Dritten oder durch falsche Handhabung zerstört wird, deckt keine Versicherung diesen Schaden ab. Hierfür müssen noch Details formuliert werden, z.B. Festlegung bei Schadensübernahme von bis zu 30. - 32.000 Euro für alle 3 Anlagen.

Roland Gosebruch hat Fragen zur Leistungsbeschreibung und zum Anbieter als solchen.

In dem vorliegenden Vertragsentwurf ist ein Passus enthalten: „kostenpflichtige Zusatzleistungen für den Auftraggeber ... (bei Übernahme durch den Auftragnehmer)“ -

Wie hoch können solche kostenpflichtige Leistungen entstehen, z.B. für Sonderleistungen und weiteres Zubehör (Objektive etc.)?

Was wissen wir über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Anbieters? Welche Informationen liegen uns vor?

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert hierzu, dass die Kameras selbstverständlich mit Objektiven ausgestattet sind. Die Höhe der zusätzlich entstehenden Kosten in anderen Kommunen belaufen sich nach deren Auskunft auf insgesamt ca. 700 Euro, die noch gezahlt werden mussten. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit haben wir noch nicht geprüft. Aber nach unserem Kenntnisstand hat es bisher noch keine Probleme gegeben und die Firmen, die diese Geräte herstellen, haben ihr Geld dafür auch immer erhalten. Die Wartungen der Anlagen seien ebenso reibungslos ausgeführt worden.

Stephanie Rotter bezieht sich in ihrem Kommentar auf die negative Eigenkapitalbilanz von german radar, die einen Fehlbetrag von 190.000 Euro ohne Deckung ausweist. Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von 260.000 Euro; die Gesamtverschuldung beläuft sich somit auf 450.000 Euro. Bevor weiter über die vorliegenden Verträge diskutiert wird, sollte eine Bonitätsprüfung von german radar veranlasst werden.

Michael Hahn beantragt im Namen der CDU-Fraktion, diesen Punkt nochmals komplett im HuF Ausschuss zu besprechen. Dabei soll auch die Bonität von german radar beleuchtet werden (elektronischer Bundesanzeiger!). Auch würde man gerne einen Erfahrungsbericht der Gemeinde Ortenberg einsehen, die schon seit einem Jahr mit german radar zusammenarbeiten. An dem in 2006/07 gefassten Beschluss, diese Anlagen zu kaufen, werde man festhalten.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt zur Abstimmung, wer dem Überweisungsantrag in den HuF Ausschuss seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = somit einstimmig beschlossen

(4) Erweiterung KITA Assenheim Beschluss über die weitere Vorgehensweise

Michael Hahn berichtet, dass nach Informationen aus dem Bauausschuss das geplante Gespräch „Runder Tisch“ noch nicht stattgefunden hat. Er bzw. die CDU-Fraktion plädieren dafür, bevor weitergehende Beschlüsse gefasst werden, dass erst das vorgesehene Gespräch geführt wird. - Vielleicht am 7. Mai 2012, nach dem Ältestenrat.

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert hierzu:

Dieser Vorgehensweise möchte er widersprechen! Wir wissen, dass unser Gesprächspartner nicht darauf wartet, bis die Stadt Niddatal (in ein paar Wochen vielleicht!) sich entschließt, mit ihm zu verhandeln. Er wird sich bestimmt auch nach anderen Gesprächspartnern umsehen und Möglichkeiten wahrnehmen, seine Räumlichkeiten zu vermieten. Von daher sollten wir ein deutliches Signal geben und bekunden, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragt hat, mit ihm Gespräche zu führen und auch benennen, wer der Partner sein wird, der die Kosten übernimmt. Vorab habe der Bürgermeister schon durchblicken lassen, dass die Stadt Niddatal als Betreiber ernsthaft interessiert sei. Diese Zusage ist aber noch kein „Vorvertrag“ und wir haben uns auch sonst nicht weiter verpflichtet.

Jetzt müssen der Magistrat und das Parlament ihre Zustimmung geben, damit dieses Projekt in Angriff genommen werden kann. Natürlich wollen wir das Gebot der Konsolidierung und Einsparungen nicht außer Acht lassen. Wir reden hier immerhin von einem Investitionsvolumen von rd. 400. - 500.000 Euro für den Erweiterungsbau (abgespeckte Version). Weiter teilt der Bürgermeister noch mit, dass er trotz seiner mehrmaligen Bemühungen noch keine Rückmeldung erhalten hat, ob und wann der Landeszuschuss gewährt wird.

Michael Hahn fragt nach den notwendigen Umbaumaßnahmen im Falle der Anmietung. Dr. Hertel erläutert, dass die Verantwortlichen der Betreuungsschule dieses Projekt größtenteils positiv beurteilen. Bis auf die Straßenüberquerung, um in das Gebäude zu gelangen - aber da wird sich bestimmt noch eine Lösung finden lassen.

Barbara Feige gibt hierzu den Hinweis: Es sei geregelt, dass die Kinder nicht ohne Aufsicht die Straße überqueren brauchen.

Dieter Eisenberg hat sich mit seinem Kommentar anerkennend geäußert, dass mit diesem Konzept nun ein „gewaltiger Schritt“ gemacht wurde, um dem zusätzlichen Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze entgegenzukommen.

Gerhard Einhoff möchte wissen, warum der Verein die Halle nicht selbst mietet. Man hätte doch damals angekündigt, sich mit 100.000 Euro an einem Neubau beteiligen zu wollen.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass dies sicherlich eine Möglichkeit wäre, was jedoch eine spätere Erhöhung der Gebühren bedeuten könnte.

Gerhard Einhoff berichtet, dass nach eingehender Diskussion im HuF Ausschuss einstimmig beschlossen wurde, man möge der Stadtverordnetenversammlung empfehlen, den Magistrat zu beauftragen, Verhandlungen über die Anmietung der Räumlichkeiten aufzunehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag in dieser Form seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = somit so beschlossen

**(5) Ersatzbeschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges
für die freiwillige Feuerwehr in Ilbenstadt
Beschluss über den Ankauf**

Gerhard Einhoff berichtet, dass im HuF Ausschuss der beantragten Anschaffung eines MTV für die Feuerwehr in Ilbenstadt zugestimmt wurde. Die Ausgaben hierfür sollen jedoch 35.000 Euro nicht überschreiten.

Michael Hahn erklärt, dass diese Anschaffung eine unvorhergesehene Maßnahme sei und gemäß § 100 der HGO auch als zulässige Ausgabe erlaubt ist. Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Beschluss der Ersatzbeschaffung wie vorgeannt seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig beschlossen

**(6) Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes in Assenheim
Beschluss über die Umsetzung**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann teilt mit, dass der TOP 6 im Bauausschuss noch weiter beraten werden soll.

**(7) Beschluss über den Ankauf von Software zur Optimierung
der Verwaltungstätigkeiten**

Gerhard Einhoff erläutert den vorgenannten Beschluss zum Ankauf von Software für die Verwaltung.

Florian Porth verweist auf den Punkt „Finanzierung“ und dass die Mittel für diese Programmerweiterung schon in 2011 vorgesehen waren. Seine Frage, warum wird diese Anschaffung erst jetzt in 2012 umgesetzt ?

Bürgermeister Dr. Hertel teilt mit, dass in 2011 noch andere Programme eingeführt wurden und nicht in allen Bereichen eine neue Software installiert werden konnte. Hätte man diese Einführung überall gleichzeitig gemacht, wären die Mitarbeiter damit überfordert worden.

Zu den Fragen von Dr. Dirk Schneider erläutert der Bürgermeister, dass es einen Beschluss gibt, wonach in der Stadtverordnetenversammlung benötigte Mittel freigegeben werden müssen. Die neue Software ermöglicht uns, dass wir wiederum Zeiten einsparen und diese für andere Tätigkeiten nutzen können. Sie vermindert auch die Fehlerhäufigkeit und beschleunigt Arbeitsabläufe.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet um Erläuterung, warum Haushaltsmittel, die bereits in 2011 freigegeben wurden, jetzt noch einmal zur Disposition gestellt werden müssen.

Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass es einen Beschluss gibt, wonach alle Maßnahmen, die im Rahmen von Investitionen getätigt werden, nochmals der Bestätigung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschluss zum Ankauf der Software seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 21 Ja-Stimmen 3 Gegen-Stimmen 2 Enthaltungen = somit beschlossen

(8) Antrag der CDU-Fraktion: Eigentumswald der Stadt Niddatal

Gerhard Einhoff erläutert den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag, ein Wertgutachten für den Eigentumswald der Stadt Niddatal erstellen zu lassen.

Er bezieht sich in seinen Ausführungen auf die kürzliche Diskussion (am 28.3.2012) um das Baugebiet „Gollacker“. Das erwähnte Tauschangebot, für eigenes Gemeindegelände Gelder zu erwirtschaften, die man dann für unterschiedliche Projekte einsetzen möchte, hat die CDU-Fraktion veranlasst, mit einem aktuellen Wertgutachten für diesen Wald dieses Vorhaben erst einmal beurteilen zu wollen. Danach kann man die Vor- und Nachteile abwägen und weitere Entscheidungen treffen.

Unseres Wissens ist in 2006/07 der Wald schon einmal für die Eröffnungsbilanz bewertet worden und von daher sollte schon ein Grundwert bekannt sein; also müssten jetzt nur die letzten 5 Jahre aufgearbeitet werden.

Der Bürgermeister bestätigt, dass hier die Kommunalverfassung klar vorschreibt, dass wir unter Marktwert keine Veräußerungen tätigen dürfen. Selbstverständlich würden wir uns nach dem aktuellen Wertgutachten orientieren.

Achim Saßmannshausen und Dr. Dirk Schneider haben mit ihren Überlegungen angeregt, weiter darüber nachzudenken, was man für die Eröffnungsbilanz noch bewerten lassen könnte. Im HuF Ausschuss sollte dieses Thema aufgegriffen werden.

Der Bürgermeister bestätigt, dass schon eine Bewertung des Waldes vorliegt, die aber nichts über den aktuellen Verkehrswert aussagt. Die Kriterien der vorliegenden Berechnung seien nicht die, wie sie für eine Marktwertermittlung zugrunde gelegt werden. - Er verweist dabei auf den Unterschied zwischen einer Mindestwert- und Marktwertermittlung. Andere Grundstücke seien auch schon bewertet worden (etwa 80 %).

Danach hat der Bürgermeister angeboten, dass diese Wertermittlungen auf Wunsch hin im Ausschuss eingesehen werden können.

Gerhard Einhoff meldet sich noch einmal zu Wort. Nach den Aussagen des Bürgermeisters, dass der Wald nicht unter Wert verkauft werden darf - wie es das Kommunalgesetz fordert - möchte er noch anfügen, dass seine Fraktion in erster Linie ein aktuelles Wertgutachten erhalten möchte, um damit verschiedene Kriterien besser beurteilen zu können. Also im Vordergrund stehen hierbei nicht Verkaufsabsichten, sondern rein informative Gründe.

Achim Saßmannshausen beantragt, den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion in den HuF Ausschuss zu überweisen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt zur Abstimmung:

**wer dem Überweisungsantrag in den HuF Ausschuss seine Zustimmung geben möchte.
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen 14 Gegen-Stimmen 2 Enthaltungen = somit abgelehnt**

**Wer dem Antrag, „Der Magistrat wird beauftragt, ein Wertgutachten für den Eigentumswald der Stadt Niddatal erstellen zu lassen ...“ seine Zustimmung geben möchte.
Ergebnis: 18 Ja-Stimmen 6 Gegen-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen.**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr ergingen, erklärt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann die heutige Sitzung um 21:20 Uhr für beendet.

Er bedankt sich wieder für die engagierte und konstruktive Mitarbeit und wünscht den Damen und Herren einen guten Heimweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin

